

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeigenstellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsstelle: Die Redaktionsstelle befindet sich in der Poststraße 10, 1. Stockwerk, in der Nähe des Hauptbahnhofs. — Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Kogelblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Rote Auer Leipzig Nr. 1908

Nr. 198

Donnerstag, den 26. August 1926

21. Jahrgang

### Spaniens wachsende Ansprüche.

Ratsitz und Völkerbundsmandat über Tanger.

Madrid, 24. Aug. Unter dem Vorsitz des Königs beschloß der Ministerrat, in der Frage des Völkerbundsmandats an dem bisherigen Standpunkt unverändert festzuhalten. Gleichzeitig wurden die spanischen diplomatischen Vertreter angewiesen, bei den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, die spanischen Ansprüche auf Tanger und Ceuta auf das nachdrücklichste zu vertreten. Der Außenminister Danguas wird an den Verhandlungen des Völkerbundes im September nicht persönlich teilnehmen.

London, 24. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, daß gestern wiederum offizielle und inoffizielle Besprechungen über Tanger stattgefunden haben. Da die spanische Regierung sich durch ihre Sondierungen vergewissert habe, daß ihr erster Vorschlag, nämlich die Einverleibung Tangers in die spanische Zone, auf heftigen Widerstand stoßen werde, konzentrierte sie ihre Bemühungen nunmehr auf den zweiten Vorschlag, nämlich ein spanisches Völkerbundsmandat für Tanger.

Madrid fordern eine Dauer der Mandatsübertragung von 13—15 Jahren. Spanien habe die Forderung eines Mandats für Tanger und eines ständigen Ratsitzes in derartiger Weise verteidigt, daß mehr als ein Viertel der Abgeordneten zustimmend und beifällig sei. Spanien gehe scheinbar von der Annahme aus, daß die meisten Mächte, ehe sie zustimmen würden, daß Spanien sich vom Völkerbund zurückziehe, vitale Konzessionen machen würden.

Paris, 24. Aug. Der „Paris Soir“ kommentiert die Tätigkeit der spanischen Diplomatie in den letzten Wochen und kommt zu dem Schluß, daß Primo de Rivera riskiere, weil er zu viel verlange, zwei Niederlagen auf einmal zu erleiden, nämlich sowohl in der Tangerfrage wie in der Frage eines ständigen Ratsitzes. Aus englischen Blättermeldungen geht hervor, daß Primo de Rivera

in der Tangerfrage bereits Befehlener geworden sei und nicht mehr die Einverleibung Tangers in die spanische Zone verlange, sondern sich mit einem vom Völkerbund ihm zu übertragenden Mandat begnügen würde. Diese Forderung begegnet aber mindestens denselben Widerständen wie die erste, weil man in London befürchtet, Italien könnte dann ein ähnliches Mandat für Abessinien verlangen.

#### Parlamentarier bei der deutschen Delegation zum Völkerbund.

Der „Vorwärts“ meldet: Der deutschen Delegation zum Völkerbund werden auch Parlamentarier angehören. Als Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird Abg. Dr. Breitscheid nach Genf gehen. Von der Zentrumsfraktion ist der Abg. Raas, von der Deutschen Volkspartei Abg. Frhr. v. Rheinbaben in Aussicht genommen.

Wie die Blätter erfahren, wird die deutsche Völkerbundsdelegation sich erst nach Genf begeben, wenn dort die Lage soweit geklärt ist, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund feststeht.

#### Unden schwedischer Delegiertenführer für Genf.

Stockholm, 24. Aug. Zum Vertreter Schwedens bei der 41. Tagung des Völkerbunds wurde heute der frühere Minister des Äußeren, Professor Unden, ernannt. Zu Delegierten bei der Völkerbundsversammlung wurden der Minister des Äußeren G. Östgren, Präsident Marks von Württemberg und der Oberdirektor Widell ernannt.

#### Japan und der Völkerbundsrat.

Paris, 24. Aug. Wie die Agentur Judo Pacific aus Tokio berichtet, läßt der Minister des Äußeren Bicomte Ishii der japanischen Delegation volle Freiheit in der Frage der Umbildung des Völkerbundsrates und in den übrigen der Völkerbundsversammlung unterbreiteten Fragen.

#### Englischer Kronrat.

London, 24. Aug. Morgen tritt im Schloß Balmoral, wo sich der König augenblicklich befindet, ein Kronrat zusammen, um eine Notstandsproklamation und eine weitere Proklamation zu veröffentlichen, die das Parlament für nächsten Montag einberuft. Der Zweck der Parlamentsbesitzung am Montag ist die Befestigung der Notstandsverordnungen. Angesichts der letzten Ereignisse im Bergarbeiterkonflikt wird die Aussprache wahrscheinlich ziemlich erregt sein. Etwa 300—400 Mitglieder werden anwesend sein müssen. Die Regierung ist bestrebt, die Sitzung nicht länger als zwei Tage dauern zu lassen. Am Dienstag wird zweifellos eine allgemeine Erörterung der Lage stattfinden. Verschiedene Minister werden anwesend sein.

#### Sitzung der Reparationskommission.

Paris, 24. Aug. Die Reparationskommission hat heute eine Sitzung abgehalten, in der sie von der Ernennung des Senators Chapfal zum französischen Delegierten an Stelle Barthous Kenntnis nahm. Der italienische Delegierte Marquis Salvago Raggi richtete hierbei an Barthou Worte des Abschiedes und bewillkommnete den neuen französischen Delegierten Chapfal, worauf Barthou und Chapfal ihrerseits antworteten. Auf Vorschlag des englischen Delegierten wurde der französische Delegierte Chapfal einstimmig dazu bestimmt, den Vorsitz bei den Arbeiten der Reparationskommission zu führen. Die Reparationskommission nahm außerdem einen Vortrag des Generalagenten für die Reparationszahlungen Parker Gilbert entgegen und prüfte verschiedene auf der Tagesordnung stehende Fragen.

#### Griechenlands Rücktritt von der Note an Bulgarien.

Zürich, 24. Aug. Der Mailänder „Secolo“ meldet aus Sofia: Die neue griechische Regierung hat ihren Rücktritt von der gemeinsamen Note der Balkanmächte in Sofia erklärt. Die Sofioter Presse warnt die Regierung, die Note nach Griechenland Rücktritt anzunehmen, da sie zu einem neuen Balkankrieg in kürzester Frist Veranlassung geben würde.

#### Demokratische Interpellation über die Sicherheit auf der Reichsbahn.

Die Eisenbahnkatastrophe bei Leiferde hat die demokratische Reichstagsfraktion veranlaßt, an die Reichsregierung eine Interpellation über den Stand der Sicherheits- und Rettungsvorrichtungen auf der Reichsbahn zu richten.

#### Die Verteilung der Mittel für den Wohnungsbau.

Für die Verteilung der für Preußen bestimmten neuen Mittel für den Wohnungsbau wird, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, nicht allein das Schema der Hauszinssteuerverteilung maßgebend sein. Die Gebiete sollen besonders berücksichtigt werden, die von der Erwerbslosigkeit am meisten betroffen sind.

#### Ein neues Polizeibefoldungsgesetz in Vorbereitung.

Auf der Tagung des Bundes Großberlin im Verband preussischer Polizeibeamter teilte der Vorsitzende Gens u. a. mit, daß das preussische Ministerium des Innern eine neue Befoldungsregelung für die Polizei plane. Der Entwurf sei bereits fertiggestellt.

#### Unruhen in Portugal.

London, 24. Aug. Die „Morningpost“ meldet aus Lissabon: Unruhen in verschiedenen portugiesischen Garnisonen scheinen auf eine neue Bewegung zum Sturz der Regierung hinauszulaufen. In Lissabon haben die Besatzungen mehrerer Kriegsschiffe gemeutert.

#### Französische und polnische Luftrüstungen.

London, 24. Aug. „Daily News“ berichtet, in Frankreich würden Riesensflugzeuge für die Armee gebaut. Ein Apparat sei bereits abgeliefert worden und etwa ein Duzend andere würden folgen. Auch die polnische Regierung habe einer polnischen Flugzeugfabrik einen Auftrag auf 100 neue Militärflugzeuge gegeben. Diese Lasten, und in Verbindung damit die Transporte französischer Kriegsmaterials nach Polen über Danzig und die Anwesenheit eines französischen Flottengeschwaders in den baltischen Gewässern verursachte beträchtlich Unruhe in den Randstaaten und namentlich auch in Deutschland.

### Reichskanzler Dr. Marx über echte Staatsgefinnung.

Breslau, 24. Aug. Auf der Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland, die im Rahmen des diesjährigen Deutschen Katholikentages stattfand, führte Reichskanzler Dr. Marx in einer Rede u. a. aus: Wie wenig findet man den Geist wahrhafter Staatsgefinnung in unserem Volk vertreten. Man spricht so viel vom Geist der Demokratie und freut sich, daß sie zum Siege vorangeschritten ist, aber vom wahren Geist demokratischer Zusammen- und Gemeinschaftsarbeit verpürt man ungemein wenig. Der Geist des Individualismus beherrscht noch zu sehr die einzelnen Kreise unseres Volkes, ein Individualismus, der jeden Gemeinschaftsgeist ertötet und ersticht.

#### Erneuerung des Gemeinschaftsfinnes

muß eine vornehmliche Aufgabe aller derjenigen sein, denen die Pflicht obliegt, für das Wohl des Volkes und des Staates zu sorgen. Diese Pflicht liegt aber gerade im Zeitalter der Demokratie nicht den Behörden ob, sondern ist Sache jedes einzelnen Staatsbürgers. Unter Demokratie versteht man allzuoft nur die Erwerbung größerer Rechte und Freiheiten, übersieht aber, daß die wahre Demokratie auch strenge Pflichterfüllung verlangt von denen, die die Rechte und Freiheiten des Staatsbürgers erworben haben. Der Staat ist nicht etwas Fremdes, das Volk selbst ist der Staat. Vom Verhalten des Volkes hängt das Wohlergehen des Staates und damit des Volkes ab. Es ist nicht staatsförmig und national gehandelt, wenn man die bestehende Regierungsgewalt unablässig hämisch kritisiert und herabsetzt, sich aber weigert, selbst mit Hand anzulegen, um den Wiederaufbau unseres zu Boden geworfenen Staatswesens zu fördern.

Es ist bequem und leicht, Kritik zu üben, wenn ein Volk durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges zusammengebrochen ist.

Pflicht eines jeden nationalgesinnten Bürgers ist es, nach bestem Können dafür zu sorgen, daß Wirtschaft und nationales Leben zu neuer Blüte gelangen. National ist es nicht, die Empfindungen derjenigen, die über die Einrichtungen des Staates anderer Meinung sind, durch Hohn und Spott zu verletzen, statt, wie die Not der Zeit es erfordert, alles Trennende zurückzustellen und gemeinsam alle Kräfte zum Wohle des Volkes anzuspannen.

National ist es nicht, die mühsam aufgebauten staatlichen Ordnungen zu stören und zu verwirren,

statt die nun einmal rechtsverbindlich zustande gekommene Verfassung zu achten und vor jeder Berührung zu schützen, mag man über ihren sachlichen Inhalt denken wie man will. Es vertritt keinen Sinn für die Pflege des staatlichen Gefühls, wenn die einzelnen Berufsstände kurzfristig und eigenmächtig lediglich ihre eigenen Interessen vertreten und Berücksichtigung verlangen, ohne dabei zu fragen, ob die wirtschaftliche Lage des eben erst mühsam von schwerem Fall sich wieder aufrichtenden Staates solchen Anforderungen gerecht werden kann. Staatliche Gefinnung verrät es nicht, wenn die einzelnen Staatsbürger Forderungen an den Staat erheben auf Leistungen, die er in normalen, gesunden Zeiten wohl aufbringen könnte, denen er aber in seiner gegenwärtigen schwierigen und äußerst bedrohten Lage nicht gerecht werden kann. Der Staat hat, wie jedes Individuum, ein Recht auf Selbsterhaltung. Selen wir froh und dankbar, daß es gelungen ist, die Einheit unseres Deutschen Reiches aus dem tiefen Verfall, aus der schweren Katastrophe des Weltkrieges und der Revolution zu retten. Es wäre unerhört, wenn das deutsche Volk aus Mangel an echter Staatsgefinnung selbst dazu beitragen würde, die Wiederaufrichtung unseres wirtschaftlichen und staatlichen Lebens zu verhindern.

#### Wechsel bei den russischen Militärbehörden.

Moskau, 24. Aug. Das Mitglied des revolutionären Kriegsrates und Kommandant der Seestreitkräfte der Roten Flotte Soff wurde seines Postens entsetzt und durch den früheren stellvertretenden Kommandeur der Luftstreitkräfte Mucklewitsch ersetzt. Die Oberverwaltung der Roten Armee ist einer Umgestaltung unterzogen worden. Sie vereint nunmehr in sich das Oberinspektorat der Armee, die Leitung der Militärschulen und die Topographische Abteilung des Armeehauptquartiers. Im Zusammenhang damit wurde Sergei Kameneff, Mitglied des revolutionären Kriegsrates, und Oberinspektor der Roten Armee, zum Leiter der Oberverwaltung und der bisherige Leiter der Oberverwaltung Sewitschew zum Stellvertreter Kameneffs ernannt.

her  
lachs.  
Aue.  
amt  
geb.

att